

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

Sozialtarife für Energie aus Extraprofiten finanzieren von Dagmar Enkelmann

Nach der Preisexplosion des letzten Jahres sind die steigenden Energiepreise vor allem für Geringverdiener zu einer existenziellen Frage geworden. In einem so reichen Land wie der Deutschland darf es keine Energie- und Brennstoffarmut geben, verkündete Bundesumweltminister Sigmar Gabriel in dieser Woche im Plenum des Bundestages. Damit hat er recht – was aber tut die Bundesregierung wirklich für bezahlbare Energiepreise? Vermieter und Mieter sollen künftig so genannte Contracting- Modelle nutzen dürfen, kündigte der Minister an. Geprüft werden soll, ob Mieter ihre Heizrechnung kürzen dürfen, wenn Vermieter gesetzliche Energiestandards nicht einhalten.

Drittens appellierte Gabriel an die Stromkonzerne, angesichts von Milliarden Gewinnen doch – bitte, bitte – mehr Sozialtarife anzubieten.

Diese Extraprofiten, beispielsweise aus dem Emissionshandel, steuerlich abzuschöpfen, um daraus Sozialtarife zu finanzieren, oder wieder eine wirksame Energie-Preiskontrolle einzuführen – davon ist bei der Bundesregierung aber keine Rede. Sie versteht sich in erster Linie als klimapolitisches Schutzschild für Autokonzerne und die Kohlekraftwerks-Lobby. Sie betreibt einen Klimaschutz



zu Lasten der sozial Schwächeren. Die LINKE hat bereits auf ihrer energiepolitischen Konferenz im November 2007 in Hamburg umfassende Vorschläge unterbreitet, um preiswert Strom und Wärme zu erzeugen als auch den Klimawandel einzudämmen. Das geht nur, wenn man konsequent auf erneuerbare Energien umsteigt, aufs Energiesparen setzt und die Energieversorgung rekommunalisiert.

Wir fordern eine Demokratisierung der Energiewirtschaft. Es kann nicht sein, dass in den Vorstandsetagen darüber entschieden wird, ob sich die Bürgerinnen und Bürger künftig Strom, Gas und Heizung leisten können. Auch das Energiesparen kostet zunächst jede Menge Investitionen. Die Bundesrepublik ist reich genug, um sich das leisten zu können. Da hat Minister Gabriel recht – DIE LINKE wird ihn beim Wort nehmen.

Themen dieser Ausgabe:

Für einen europäischen gesetzlichen Mindestlohn

2

Lothar Bisky

Rechtsbruch in Fortsetzungszusammenhang

2

Wolfgang Neskovic

Gute Arbeit sieht anders aus

3

Kirsten Tackmann

„Riestern“ – kein Rezept gegen Altersarmut

3

Dagmar Enkelmann

Anträge DIE LINKE. der Sitzungswoche

4

Pressemitteilungen und Reden

5

Informationen und Termine der Fraktion DIE LINKE.

6



Für einen europäischen gesetzlichen Mindestlohn

von Lothar Bisky

Am vergangenen Wochenende tagte der Vorstand der Partei der Europäischen Linken in Berlin. Wir beschlossen, uns für einen europäischen gesetzlichen Mindestlohn einzusetzen. Die Erfahrung des Engagements der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, den Landtagen und der Einsatz der Partei DIE LINKE innerhalb und außerhalb der kommunalen Parlamente für einen gesetzlichen Mindestlohn war in der Debatte mehr als hilfreich.

Wir waren uns einig: Hungerlöhne und Sozialdumping können dauerhaft nur durch einen europäischen gesetzlichen Mindestlohn verhindert werden.

Deshalb wird sich die Partei der Europäischen Linken für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in allen europäischen Ländern einsetzen.

Eine entsprechende Erklärung wurde am vergangenen Wochenende nach einer breiten Diskussion, an der auch Ver.di-Chef Frank Bsirske teilnahm, vom EL-Vorstand verabschiedet. In Übereinstimmung mit der europäischen Sozialcharta soll der Mindestlohn in jenen Ländern, in denen es noch keinen gibt, mindestens 50 Prozent des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Landes betragen. In 20 der 27 EU-Staaten? Deutschland gehört zu den Ausnahmen? gibt es bereits gesetzliche Mindestlöhne in unterschiedlicher Höhe. Während die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes mit rigiden Regelungen im Bereich der Normen und technischen Standards der Produkte einherging, fehlen jegliche Standards für Löhne und Sozialleistungen. Das führt dazu, dass die Unternehmen in den EU-Mitgliedsstaaten um die gerings-

ten Arbeitskosten, niedrigsten Steuern, längsten Arbeitszeiten, Rentenkürzung und sinkende soziale Standards konkurrieren. Dieser Wettbewerb kennt nur einen Gewinner?

Großkonzerne und Banken, die selbst mit dem Verkauf ausgeschlachteter Unternehmen noch Rendite machen. Dem wollen wir einen Riegel verschieben und darum gilt es, das Prinzip Arbeit darf nicht arm machen? von Arbeit muss man leben können auch in Deutschland zu verwirklichen. Schön, dass sich die europäische Linke darin einig ist. Und darum wird die Durchsetzung sozialer Mindeststandards in Europa Gegenstand des 3. Treffens des Gewerkschaftsnetzwerks der Europäischen Linken (EL) vom 1. bis 3. Februar in Wien sein.

Rechtsbruch in Fortsetzungszusammenhang

von Wolfgang Neskovic

Es ist beängstigend in welcher Regelmäßigkeit die Generalbundesanwältin Monika Harms (CDU) mit ihren Ermittlungsmaßnahmen gegen geltendes Recht verstößt. Innerhalb von nur 12 Monaten wurde sie gleich sechsmal vom Bundesgerichtshof für ihre Antiterrorermittlungen gerügt. Immer wieder haben Frau Harms und ihre Ermittler Gesetze missachtet oder sie zu weit ausgelegt, ihre Befugnisse überschritten oder bloße Verdächtigungen zum Anlass genommen, um Haftbefehl zu beantragen.

Nach der neuesten Entscheidung des Bundesgerichtshofes steht erneut fest, dass sich Frau Harms im Vorfeld des G8-Gipfels für die bundesweiten Razzien gegen Glo-

balisierungsgegner eine Strafverfolgungskompetenz angemahnt hat, über die sie rechtlich gar nicht verfügte. Der BGH sah sich deswegen veranlasst, ihr die entsprechenden Ermittlungen „wegzunehmen“. Mich als Richter empört besonders die Schwere ihrer juristischen Verfehlungen, die in ihrer Tragweite bisher nicht in die Öffentlichkeit vorgedrungen sind. Ihr sind Fehler passiert, die begabte Jurastudenten im dritten Semester hätten vermeiden können. Dies allein mit Übereifer zu erklären, greift zu kurz.

Monika Harms weiß, dass sie im Sinne von Schäuble & Co. agiert. Das Verhalten, das sie an den Tag legt, steht auf der Grundlage jener breiten sicherheitspolitischen De-



batte, die vom Bundesinnenministerium ausgeht. Zwischen Schäubles grundgesetzwidrigen "Überlegungen" sieht der „freimütige“ Umgang der Generalbundesanwältin mit dem Recht plötzlich recht gewöhnlich aus. Wir dürfen aber keine Gewöhnung zulassen, wenn es um die Bewahrung des Rechtsstaates und der Grundrechte geht.

Gute Arbeit sieht anders aus

von Kirsten Tackmann

Die Gleichstellung der Geschlechter reicht von gleichem Zugang zu Bildung und Kultur über selbstbestimmtes Leben bis zur Gleichstellung bei der Erwerbsarbeit. Mit ihrem Antrag „Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken“ leistet die Koalition einen gleichstellungspolitischen Offenbarungseid. Beispiel Frauenerwerbsquote. Die Erwerbstätigenquote bei Frauen ist im Zeitraum von 2001 bis 2005 von 58,7 auf 59,6 Prozent gestiegen. Damit wäre die Lissabon-Vorgabe von mindestens 60 Prozent fast erreicht. Ein Erfolg? Mitnichten. Die Zahl der durch Frauen geleisteten Erwerbsarbeitsstunden ist im selben Zeitraum nicht gestiegen. Der Anstieg der Frauenerwerbquote ist vor allem ein Anstieg von Teilzeitarbeit! Die Erwerbsarbeit wurde also nur auf mehr Frauen umverteilt, ihre Ar-

beitsplätze zerstückelt! Die Koalition verschweigt diese Tendenz und schreibt verharmlosend: „Teilzeitarbeit ist immer noch eine Frauendomäne“. Nein: Teilzeitarbeit ist **mehr denn je** eine Frauendomäne!

Dazu kommt: Frauengehälter sind hierzulande 21 % niedriger als bei Männern. Deutschland liegt damit auf einem skandalösen 21. Platz der EU-25! Teilzeit führt oft zu Altersarmut, niedrigem Arbeitslosengeld und weniger Elterngeld.

Deshalb fordert die LINKE kürzere Vollzeitstandards statt Ausweitung der Teilzeit, Gleichstellung und Gleichverteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern und Sicherung von Mindeststandards der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Sie fordert darüber hinaus die Förderung sozialversicherungspflichtiger



tiger Beschäftigung gerade für Frauen und das sofortiges Ende der Mini-Job-Politik. Auch ein gesetzlicher Mindestlohn ist eine sehr wirksame Maßnahme für Gleichstellung und Bekämpfung von Armut bei Frauen. Dafür gibt es eine Mehrheit im Bundestag. Es ist die SPD, die den Beschluss verhindert. Es gäbe also viele Schritte hin zu mehr Gleichstellung – sie müssen nur endlich gegangen werden!

„Riestern“ – kein Rezept gegen Altersarmut

von Dagmar Enkelmann

Wer rechnen konnte, wusste, was kommt: Wenn Löhne und Einkommen der Beschäftigten seit Jahren stagnieren, können auch die Renten nicht steigen. Dann werden sie – im Gegenteil – von der Inflation langsam aufgezehrt. Dazu kamen politisch gewollte Kürzungen der Renten durch Rot-grün mit dem Nachhaltigkeitsfaktor“. Diese Politik setzt die Große Koalition mit der Rente ab 67 nahtlos fort. Die Folge: Konnten die Rentnerinnen und Rentner Anfang der 90er Jahre noch damit rechnen, im Alter 75 Prozent ihres Einkommens zu erhalten, sank dieses Niveau rapide auf derzeit 51 Prozent. Künftig sollen es nur noch 40 sein.

Die Lücke sollen die Bürgerinnen und Bürger mit privater Vorsorge schließen. Dazu fordert die herrschende Politik geradezu gebetsmühlenartig

auf und schuf mit der Riester-Rente gleich ein Modell, dank dem die private Versicherungswirtschaft selbst mit Geringverdienern gute Geschäfte machen kann. Viele Betroffene bewahrt „Riestern“ aber keineswegs vor Altersarmut, auch deswegen, weil ihre angeblich private Vorsorge auf die Grundsicherung im Alter von rund 660 Euro angerechnet wird. Das ist ein doppelter Skandal: Den Leuten, die heute ohnehin weniger haben, wird dann im Alter ihre mühsam aufgebaute Vorsorge zu guter Letzt weggenommen.. Die LINKE will die Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung langfristig armutsfest machen. Dazu gehört, alle Kürzungsfaktoren zurückzunehmen, die Rente ab 67 abzuschaffen und eine wirklich paritätische Finanzierung der Alterseinkommen wieder her zustellen.

Wir wollen, dass alle Erwerbstätigen – also auch Beamte, Abgeordnete, Freiberufler und Selbstständige – in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Zudem müsste die Beitragsbemessungsgrenze, die gut Verdienende bevorteilt, wegfallen. Auch fordern wir, versicherungsfremde Leistungen aus der gesetzlichen Rentenkasse zu nehmen und aus Steuermitteln zu bezahlen. Und natürlich würde auch ein gesetzlich garantierter Mindestlohn die Lage der Rentnerinnen und Rentner verbessern.

Anträge DIE LINKE der Sitzungswoche

Unterlaufen von Klimaschutzziele durch CDM Projekte Beenden: (16/7752)

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7718737869_1607752.pdf

Durch Manipulationen bei Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern (CDM) wird ein erhebliches Volumen an »faulen« Emissionsgutschriften in das EU-Emissionshandelssystem transferiert. Dies führt hier zu einem Mehrausstoß an Klimagasen, der nicht durch einen entsprechenden Minderausstoß in den Entwicklungsländern gedeckt ist. Der Antrag übt massive Kritik an marktwirtschaftlichen Instrument CDM, fordert ein Moratorium für die Anerkennung von CDM-Projekten und eine CDM-Reform.

Energiekosten für Privathaushalte mit geringem Einkommen sofort wirksam senken

(16/7745) http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7756429181_1607745.pdf

Soziale Auswirkungen und Untätigkeit der Bundesregierung bei den aktuell rasanten Energiepreiserhöhungen deutlich machen und konkrete Verbesserungen einfordern. Strompreiserhöhungen sind unsozial und nicht gerechtfertigt. Energie muss bezahlbar bleiben.

Schutz und Förderung des Sports ernst nehmen—Sportförderungsgesetz des Bundes schaffen

(16/7744) http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7712157459_1607744.pdf

Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, den Entwurf eines Sportförderungsgesetzes vorzulegen. In mehreren Bundesländern gibt es bereits Sportförderungsgesetze. Auf Bundesebene bestehen lediglich Förderrichtlinien. Der Bundesgesetzgeber sollte auch auf dem Gebiet des Sports Rahmenbedingungen setzen. Unberührt davon bleiben die Rechte der Sportorganisationen sowie der Länder und Kommunen.

Umstieg auf den öffentlichen Verkehr fördern und Benzinpreisanstieg sozial abfedern

(16/7524) http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7784635650_1607524.pdf

Pendlerinnen und Pendler, die unfreiwillig von den massiv gestiegenen Benzinpreisen betroffen sind, soll ein finanzieller Ausgleich gezahlt werden. Gleichzeitig sollen die Mehrwertsteuereinnahmen der hohen Benzinpreise in den öffentlichen Personenverkehr gelenkt werden.

Begrenzung der Managervergütung fördern (16/7743)

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7750011209_1607743.pdf

Aufgreifen der aktuellen politischen Debatte um überhöhte Managervergütungen. Die Bundesregierung soll in Unternehmen, die sich in Bundeseigentum befinden im Aufsichtsrat für die Begrenzung der Vorstandsvergütung sorgen, die steuerliche Absetzbarkeit von Abfindungen als Betriebsausgaben wird beschränkt, die Reichensteuer wird verschärft.

Wiedereinführung der vollständigen Zuzahlungsbefreiungen für Versicherte mit geringem Einkommen im Wege der Härtefallregelung

(16/6033, 16/7435) http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752863541_1606033.pdf

DIE LINKE. thematisiert in dem Antrag die unsozialen Zuzahlungsregelungen und fordert den Status Quo von 1989-2003. Der Antrag weist auch auf die prekären Einkommenssituationen hin.

Solidarausgleich in der Rente für Versicherte mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und geringen Einkommen stärken

(16/7038) http://www.linksfraktion.de/initiativen_antraege.php?b=40

Wir fordern den Solidarausgleich in der GRV zu stärken, damit auch Menschen mit durchbrochenen Erwerbsbiografien und niedrigen Einkommen im Alter eine gesetzliche Rente beziehen können, die oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegt. Dazu wollen wir die Ausgleichszeiten ausweiten und niedrige Einkommen durch Mindestentgeltpunkte höher bewerten. Der Spielraum dafür soll durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei gleichzeitiger Abflachung hoher Renten geschaffen werden.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.lothar-bisky.de>



- **Werbung und Sponsoring in ARD und ZDF einstellen**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1225872400>



<http://www.dagmar-enkelmann.de>



- **Keine Hartz-IV-Anrechnung des Begrüßungsgeldes**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1259846542>
- **LINKE startet mit Dagmar Enkelmann auf Internationaler Grüner Woche**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1228159860>
- **Angstschweiß bei etablierten Parteien**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1235736375>

<http://www.diana-golze.de>



- **Ursachen bekämpfen statt populistischer Politik**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1279493204>
- **Bessere Bildung statt Straf-Camps für Jugendliche**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1249273307>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



- **Justizministerin Zypries soll Generalbundesanwältin Harms in den einstweiligen Ruhestand versetzen**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1283810632>
- **Schärfere Gesetze wären völlig wirkungslos**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1231293249>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



- **Keine Erleichterung für Gentechnik-Versuche**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1241397574>
- **Ehrliche Diskussion über Flächenverbrauch**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1239721481>
- **Bundesregierung gefährdet gentechnikfreie Landwirtschaft**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1292317445>
- **DIE LINKE lehnt das Klonen von Tieren ab**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1271987214>
- **Die Grüne Woche wird rot**
<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1225021401>
- **Gute Arbeit sieht anders aus**
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1361894729>
- **EU-Vorschläge zur Degression und Modulation sind nicht akzeptabel**
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1376691964>

Informationen und Termine der Fraktion DIE LINKE.:

DIE LINKE. Fraktionsklausur in Kassel

Die Mitglieder der Fraktion haben auf ihrer Klausur am 14. und 15. Januar in Kassel die Arbeitsschwerpunkte für 2008 abgesteckt.

In drei 5-Punkte-Programmen richtet DIE LINKE ihre Aufmerksamkeit auf die Bekämpfung von Kinderarmut, eine gerechte Arbeitswelt und den Stopp der Umverteilung von unten nach oben.



5-Punkte-Sofortprogramm der Fraktion DIE LINKE gegen Kinderarmut
http://www.linksfraktion.de/positionspapier_der_fraktion.php?artikel=7705279667

5-Punkte-Programm für ein verteilungsgerechtes Steuersystem
http://www.linksfraktion.de/positionspapier_der_fraktion.php?artikel=7732090456

Interview der Woche:
Riester ist Rentenbetrug

Fraktionsvize Klaus Ernst über den Kampf gegen Altersarmut, das Solidarprinzip in der Rentenversicherung und die Frage, wem Riester nutzt und wem nicht.

http://www.linksfraktion.de/interview_der_woche.php?artikel=1517909318



Ich nehm´ DIE LINKE.
- auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin:



Die Internationale Grüne Woche wird rot. Erstmals wird auch die Bundestagsfraktion DIE LINKE mit einem eigenen Stand vertreten sein. Mit dem knallroten Stand will DIE LINKE auf gesundes Essen, schöne Landschaft und gute Bezahlung aufmerksam machen. Dabei werden Gentechnik, Lohndumping und Umweltverschmutzung kritisch unter die Lupe genommen. Jeden Tag sind Abgeordnete vor Ort und stehen für Fragen der Besucherinnen und Besucher zur Verfügung. Welche Mitglieder der Fraktionen vor Ort wann anzutreffen sind, erfahren Sie hier:

http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1626886614

Schauen Sie doch beim roten Traktor und uns vorbei!!!!

Der Stand befindet sich vom 18.01.2008 10:00 Uhr bis 27.01.2008 18:00 Uhr zwischen den Hallen 6.2a (Bio-Halle) und 6.2b (Verbraucherschutzhalle).